



Erklärung der Strukturpolitischen Tagung Ost der IG Metall am 18. Februar 2021

Die ostdeutsche Industrie – zwischen Risiko und Chance in der sozial-ökologischen Transformation

Die Debatte darüber, wie Lösungen zur Bewältigung der Corona-Krise und der Klimakrise miteinander verbunden werden können, ist für die industrielle Wertschöpfung Deutschlands und Europas von entscheidender Bedeutung. Es geht darum, wie wirtschaftliche Entwicklung und die Transformation zur CO₂-Neutralität gelingen kann. Gleichzeitig bestehen die Herausforderungen durch Digitalisierung und den globalen Wettbewerb weiter.

Der Anspruch der IG Metall ist und bleibt: Wir wollen die Transformation gestalten, sozial – ökologisch – gerecht!

Dies stellt viele Regionen gerade in Ostdeutschland vor erhebliche Herausforderungen. Um unseren Anspruch umzusetzen, bedarf es flächendeckend einer gezielten, proaktiven regionalen Strukturpolitik.

Hierbei gilt, Erfahrungen der Nachwendezeit in Ostdeutschland zu berücksichtigen um bei der heutigen Transformation Strukturbrüche wie damals zu verhindern und gleichzeitig, auch mit Blick auf die besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland, die heutigen wirtschaftlichen und industriepolitischen Unterschiede zu berücksichtigen. Denn auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es sie noch, die strukturellen Unterschiede zwischen Ost und West.

Die IG Metall tritt dafür ein, dass sich diese in der aktuellen Transformation der Industrie nicht weiter verfestigen, sondern die Chancen zu nutzen, durch neue, nachhaltige Produkte und neue Geschäftsmodelle die strukturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abzubauen. Hierfür ist von zentraler Bedeutung, dass die Arbeitgeber in Ostdeutschland ihren Belegschaften endlich mehr Wertschätzung entgegenbringen durch mehr Tarifbindung, eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie sowie mehr Weiterbildungsmöglichkeiten und mehr Mitbestimmung.

Ansatzpunkte einer „neuen Attraktivität des Ostens“ in technologischer Hinsicht gibt es bereits: Elektromobilität in Zwickau, Leipzig und Grünheide, Batteriefertigung in Kamenz, Erfurt oder Bitterfeld, industriepolitische Aktivitäten zur Produktion von grünem Wasserstoff in Görlitz oder Nordhausen, Neuansiedlung von Solartechnik in Sachsen-Anhalt sowie das rund um Dresden gelegene Mikroelektronik- / IKT-Cluster.

Bei all diesen positiven Entwicklungen besteht aber weiterhin ein Kernproblem: Der unzureichende eigenständige Kompetenzaufbau neuer Technologien in Ostdeutschland selbst.

Hier sind die Entscheider*innen in den Unternehmen gefordert. Wir erwarten von den Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für eine nachhaltige industrielle Entwicklung – auch in Ostdeutschland - nachzukommen.

Die Politik muss dies begleiten. Mit aktiver Industriepolitik, proaktiver Strukturpolitik, einer begleitenden Qualifizierungspolitik und massiver Förderung der F&E-Kapazitäten in Ostdeutschland.

Im Einzelnen fordert die IG Metall:

- Bedingungsgebundene Wirtschaftsförderung: Zu den ökologischen Maßstäben der industriellen Entwicklung der Zukunft muss der Staat klare sozialen Kriterien definieren. Dazu gehört, dass die Ausschüttung von Fördermitteln für den Umbau oder die

Neuansiedelung an Bedingungen gekoppelt sein muss. Hierzu gehört insbesondere die Existenz von Betriebsräten und die Nichtbehinderung von Betriebsratswahlen, Tarifbindung und Investition in Aus- und Weiterbildung, die eine langfristige Entwicklung in der Region ermöglicht. Subventionierte Billiglohn-Ansiedlungen sind Fehler der Geschichte und dürfen sich nicht wiederholen.

- Finanzierung/Zugang zu Investitionen: Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist bis auf einzelne Standorte durchweg geprägt von KMU, die oft über geringes Eigenkapital verfügen. Dadurch sind Innovationen und Investitionen in neue Produkte, Verfahren oder ganz neue Geschäftsmodelle kaum möglich. Über einen Transformationsfonds könnte sich der Staat an Unternehmen beteiligen, die zukunftsfähige Produkte herstellen können, denen aber das Eigenkapital für große Investitionen in neue Technologien fehlt.
- Qualifizierung: Demokratische Transformation heißt, nicht nur die Produkte und Geschäftsmodelle zu transformieren, sondern die Kolleginnen und Kollegen dabei mitzunehmen. Der Staat und die Unternehmen können und müssen hier eine engere Verzahnung zwischen Weiterbildungseinrichtungen, Unternehmen und Betriebsräten ermöglichen. Ein Beispiel kann das ‚Sächsische Zentrum für Fachkräftesicherung und ‚Gute Arbeit‘ sein, das – auf Initiative der IG Metall - gerade aufgebaut wird. Die ostdeutschen Belegschaften galten lange aufgrund ihrer gut ausgebildeten Facharbeiter als durchgehend hoch qualifiziert; nun droht dieser Standortvorteil in den nächsten Jahren verloren zu gehen. Die Ausbildung von zukünftigen Fachkräften ist jedoch von erheblicher strategischer Bedeutung für die Innovations- und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und der Regionen. Aus Arbeitslosigkeit ist auch in Ostdeutschland zunehmend Fachkräftemangel geworden. Bis Ende der 2020er Jahre verringert sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Sachsen von 1,8 Millionen auf 1,5 Millionen. Maßnahmen für mehr Aus- und Weiterbildung sind das Gebot der Stunde, müssen aber durch eine Steigerung der Attraktivität der ostdeutschen Standorte (Löhne und Arbeitszeit) ergänzt werden.
- Förderung von Netzwerken/Cluster: Für die Stabilität und Nachhaltigkeit industrieller Strukturen und guter Arbeit ist von Bedeutung, ganze Wertschöpfungsketten in der Region zu haben. Dafür ist der Ausbau von F&E-Kapazitäten, die enge Anbindung an Forschungseinrichtungen und die strategische Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen in der Region unerlässlich. Da in Ostdeutschland nur wenige große ‚Leuchtturm-Unternehmen‘ existieren, von denen solche Cluster-Prozesse ausgehen, müssen sie gezielt strukturpolitisch gefördert werden. Das Ziel der IG Metall ist es, mit sogenannten Transformationsclustern die Synergieeffekte regionaler Akteure (BR, IGM, Arbeitgeberverbände und Kammern, öffentliche Institutionen und Wissenschaft) zu nutzen. Hierzu werden mögliche Ansatzpunkte (Förderungen gem. 35c Konjunkturpaket oder Vereinbarungen zum Zukunftsfonds Automobilindustrie) genutzt.
- Infrastrukturausbau: Eine wesentliche Bedingung dafür ist die Infrastruktur (Verkehr, Energie, Digitale Netze, F+E, Verwaltung, Bildung). Da hier, neben privaten, insbesondere öffentliche Investitionen gefragt sind, ist der politische Einfluss und die Relevanz aktiver und koordinierter Industriepolitik besonders hoch. Zwar konnte Ostdeutschland nach der Wende von Infrastrukturprojekten vielerorts profitieren, aber im Bereich der Verkehrsinfrastruktur gab es auch eine Reihe negativer Entwicklungen. So traf zum Beispiel der Rückbau des Schienennetzes vor allem die neuen Länder.

Der Anspruch, die Transformation nicht nur ökologisch und sozial, sondern auch demokratisch zu gestalten, stellt die Politik, die Unternehmen, uns als Gewerkschaften und letztlich die demokratische Gesellschaft in Ostdeutschland insgesamt vor besondere Herausforderungen. Die Zustimmung zu autoritären Denkmustern ist in Ostdeutschland nach wie vor signifikant höher (Ost

29% - West 14%)¹. Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern und die der Bundestagswahl haben deutlich gemacht, dass hier das Vertrauen in die etablierten Parteien besonders erschüttert ist.

Die IG Metall wird das Superwahljahr 2021 nutzen, um deutlich zu machen, dass mit einer mitbestimmten und beschäftigungsorientierten Industrie- und Strukturpolitik, mit der die Wirtschaft aus der Krise kommt und Beschäftigung zukunftssicher gemacht wird, Grundpfeiler für ein demokratisches System und eine funktionierende demokratische Kultur sind.

Basis für eine soziale, ökologische und demokratische Transformation der Industrie sind demokratische Teilhabe in der Gesellschaft und eine Kultur der Mitbestimmung in den Betrieben.

¹ Zustimmung zur Aussage: „Deutschland braucht eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ (Leipziger Autoritarismus Studie 2020; S. 38)